

Laibacher Zeitung.



Nr. 296.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. 1. 13, halbj. fl. 6.50. Für die Anstellung ins Haus halbj. 60 fr. Mit der Post ganzl. fl. 16, halbj. fl. 7.50

Dienstag, 24. Dezember

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsbempel jedesm. 30 fr.

1872.

Pränumerations - Einladung.

Mit 1. Jänner 1873 beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“ Wir werden durch reichen und mannigfaltigen Inhalt, durch sorgfältige Redaction des politischen Theiles, durch eingehende Behandlung aller wichtigen Tages-Fragen in Original-Artikeln von unterrichteter Seite, insbesondere durch thatsächliche und kurze Berichterstattung über alle hervorragenden Neuigkeiten des In- und Auslandes, durch Besprechung der materiellen Landesinteressen, durch schnelle Mittheilung thatsächlicher Provinz- und Lokal-Angelegenheiten, durch Besprechung wichtiger Fragen aus dem Gebiete der Literatur, Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Nationalökonomie, denen die „Laibacher Zeitung“ auch fortan ihre Spalten bereitwilligst öffnen wird, durch Mittheilung von Original-Telegrammen über alle wichtigen Ereignisse, durch neueste, interessanteste Romane enthaltende Feuilletons theils belehrenden, theils unterhaltenden Inhaltes, durch die Rubrik „Stimmen aus dem Publikum“ zur Klärung der Wünsche und Beschwerden, wie bisher, bemüht sein, unserm Blatte ein allgemeines Interesse zu sichern. Die vollinhaltliche Mittheilung der wichtigsten Reichs- und Landesgesetze, Ministerial- und Landes-Berordnungen, wodurch die Anschaffung von Separatausgaben erspart wird; die Schnelligkeit, mit welcher die Verhandlungen des Reichsrathes, Landtages, Gemeinderathes, aller Vereine und Corporationen gebracht werden, dürfen der „Laibacher Zeitung“ den Vorzug vor anderen Blättern sichern. Die Besprechung in allen Rubriken wird eine gemessene und leidenschaftslose, endlich die äußere Form eine anständige sein.

Wir ersuchen schließlich alle Freunde unseres Vater- und Heimatlandes, alle Freunde des Fortschrittes auf der Bahn der Staatsgrundgesetze, alle wissenschaftlichen, politischen, humanitären Vereine und Gesellschaften um ihre geistige und materielle Mitwirkung zur Erfüllung unseres Programmes, damit die „Laibacher Zeitung“ ein Gemeingut des gesammten Heimatlandes werde.

Wir unsererseits werden alles aufbieten, um die Verwirklichung dieses vollen patriotischen Programmes zu erzielen.

Die Pränumerations-Bedingungen bleiben unverändert:

Ganzjährig mit Post, unter Schleifen versendet	15 fl. — fr.	Ganzjährig für Laibach, ins Haus zugesandt	12 fl. — fr.
halbjährig dto. dto. dto.	7 " 50 "	halbjährig dto. dto. dto.	6 " — "
ganzjährig im Comptoir unter Couvert	12 " — "	ganzjährig im Comptoir offen	11 " — "
halbjährig dto. dto.	6 " — "	halbjährig dto. dto.	5 " 50 "

Die Pränumerations-Beträge wollen portofrei zugesendet werden.

Laibach, im Dezember 1872.

Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg.

Der h. Feiertage wegen erscheint die nächste Nummer am Freitag.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. November d. J. dem Secretär der Zentralkirection der k. k. Tabakfabriken und Einkassanten Franz Riedl in Anerkennung seiner eifrigen und ersprießlichen Dienstleistung den Titel eines kaiserlichen Rathes tafrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren D. L. Lohringer, Anton Schey jun. und Dr. Marktbreiter die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Wiener Lombard- und Escomptebank“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien dem Herrn August Freiherrn v. Karais die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Erste österreichische Volksbank“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen über die Wahlreformfrage.

Die „Neue Freie Presse“ spricht sich über die bezüglich der Wahlreformangelegenheit in verfassungstreuen Kreisen herrschende Stimmung in nachfolgender Weise aus: „So weit man nach dem zur Disposition stehenden reichen Material an Stimmungsberichten über die Wahlreformfrage urtheilen kann, wird in den Provinzen die Tendenz zugunsten des Wahlreformentwurfes in seiner Gesamtheit — von Bedenken gegen manche Details abgesehen — immer entschiedener. Jeder Versuch einer Verbesserung wird eifrigste Unterstützung seitens der öffentlichen Meinung finden, aber jeder Versuch einer Spaltung der Partei, einer Gefährdung des Reformwerkes würde auf das klüglichscheitern. Eben diejenigen Bezirke, welche bisher gern gegenüber der Hauptstadt einen wenig ernst gemeinten Radicalismus zur Schau trugen, sind jetzt, wo der Ernst der Entscheidung an das Reich tritt, in der Wahlreformfrage durchweg regierungsfreundlich. Diese Stimmung läßt ein

glückliches Resultat der Beratungen hoffen, welche über die Detailsausführung der bekannten Grundsätze bevorstehen.“

Die „Trierer Btg.“ schreibt: Die Regierung hat in echt conservativer Weise an das Bestehende angeknüpft und war vor allem bestrebt, den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, damit die Stetigkeit in der Entwicklung unserer verfassungsmäßigen Zustände nicht gestört werde. Doch darf man folgendes nicht vergessen. Die Wahlreform verlangt volle Einmüthigkeit der Verfassungspartei. Nur so werde es gelingen, das Werk der staatlichen Consolidierung glücklich durchzuführen.

Der „Mährische Correspondent“ äußert sich in nachfolgender Weise: Man muß das Elaborat der Regierung insofern dankbar begrüßen, als damit das Substrat zu einer gründlichen, weitgreifenden Wahlreform gegeben ist; man muß das vorherige Einverständnis mit den Abgeordneten anerkennen wissen, wenn man sich auch nicht verhehlt, daß der Regierungsentwurf einen entschieden conservativen Charakter an sich trägt. Trotzdem müsse man den Wahlreformentwurf freudig begrüßen.

Das „Salzburger Volksblatt“ meint von dem Gesegentwurse, er habe nirgends begeisterte Aufnahme gefunden, allein dies habe man auch nicht erwartet; „die Anerkennung aber darf man nicht versagen, daß endlich ein Schritt zur Consolidierung unserer Verhältnisse geschieht, und daß eine Verstärkung der liberalen Elemente immerhin ermöglicht ist.“ Speziell gegen die Vermehrung der Großgrundbesitzer sprechen sich unter den Provinzorganen der „Tagesbote aus Mähren“ und das „Jansbrucker Tagblatt“ aus, letzteres, indem es meint, der Adel besitze bereits im Herrenhause seine ausreichende Vertretung.

Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich aus Wien schreiben: „Ministerium und Verfassungspartei haben vollkommen recht, wenn sie die Loslösung des Reichsraths von den Landtagen als die *conditio sine qua non* jedes Fortschrittes im Verfassungsleben Oesterreichens bezeichnen. Es darf nicht fernerhin in der Willkür der Tiroler, Cechen und Slovener gelegen sein, ob die Maschine der Reichsvertretung zu arbeiten imstande sein soll oder nicht. Erst mit der Schaffung eines von keinem Landtag mehr abhängigen Reichsraths ist die Möglichkeit einer ruhigen Entwicklung der Verfassung gegeben.“

Die „Nordb. Allg. Zeitung“ äußert sich in folgendem: „Die gesammte Presse hat nun Gelegenheit gehabt, sich über die Wahlreformvorschläge des Ministeriums zu äußern, und die Regierung kann mit dem Verdicht der öffentlichen Meinung zufrieden sein. Im großen und ganzen werden ihr über das Projekt keine überschwänglichen Complimente gemacht; dafür ist aber alle Welt darüber einig, in den Grundzügen die annehmbare Basis einer weiteren Verhandlung zu finden, und diese Aner-

kennung ist für den Augenblick wohl genügend. Die Wahlreform berührt so verschiedene Interessen, sie collidirt naturgemäß mit so vielen Wünschen und Hoffnungen, daß es schon als ein glänzender Beweis für ihre umfichtige und billige Behandlung in den Regierungskreisen betrachtet werden muß, wenn auch nicht von einer einzigen Seite her ein Mahnruf über unerträgliche Zurücksetzung und Beinträchtigung angestimmt wird.“

Die „Nationalzeitung“ betont insbesondere, wie werthvoll für die Befestigung des Verfassungslebens die direkten Wahlen seien.

Die „Kreuzzeitung“ läßt sich folgendermaßen vernehmen: „Man wird bei der allgemeinen Würdigung der Regierungsvorlage und des darin festgehaltenen Grundsatzes, sich so wenig als möglich von der gegebenen Basis zu entfernen, in erster Reihe in Anschlag bringen müssen, daß ein Mehr für den Augenblick nicht zu erreichen wäre und daß es sich zunächst nur darum handeln könnte und dürfte, die Loslösung des Reichsraths von den Landtagen, selbst unter erschwerenden Umständen, ins Werk zu setzen. Der staatspolitische Gedanke, der die Vorlage beherrscht, schließt den freiheitlichen Gedanken nicht aus, er stellt ihn nur in zweite Linie; der freiheitliche Gedanke im Vordergrund wäre sofort von staatspolitischen Erwägungen überwuchert und erdrückt worden.“

Zur Finanzlage Oesterreichs

beim „Reform“ unter anderem folgendes: „Das Exposé des österreichischen Finanzministers zum Budget pro 1873 verdient im wahren Sinne des Wortes eine Lobrede genannt zu werden. Es bildet den realen Beweis einer guten und zweckmäßigen Administration, die richtige Combination verlässlicher und in discreter Weise benötigter Ziffernansätze. Wenn wir die günstigen Erfolge der eisethanischen Finanzgebarung einer objektiven Beurtheilung unterziehen, so müssen wir gestehen, daß sie nur das Resultat einer guten Administration, der Lohn deutschen Fleißes, der Sparsamkeit und zweckmäßiger Einrichtung aller Verwaltungszweige sind. Daß hierbei der Zentralkleitung ein großer Theil des Erfolges zugutekomme, unterliegt keinem Zweifel und muß allgemein anerkannt werden.“

Ueber das österreichische Budget wird der „Wiener Zeitung“ aus Wien geschrieben: „In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. d. legte Finanzminister Barow de Pretis den Staatsvoranschlag für das Jahr 1873 vor, dem zufolge die Finanzgebarung des nächsten Jahres alle Aussicht auf einen effectiven Ueberschuß von 3,460,000 fl. hat, eine Aussicht, bei deren Bekanntgabe das Haus in lauten Beifall ausbrach. Nun weiß man allerdings, daß Finanzminister es durchweg verstehen, die riesigen Ziffercolonnen sehr materisch zu gruppieren,

um dem Auge klaffende Lücken zu verdecken. Indessen thäte man Herrn de Pretis unrecht, wollte man ihn, so weit wenigstens die erste Prüfung es gestattet, einer solchen Künstelei und Schönfarberei beschuldigen. Sein Exposit ist von beinahe epigrammatischer Kürze und dabei sehr durchsichtig, um selbst dem Laien eine Prüfung der einzelnen Factoren zu gestatten. Dabei hat es durchwegs keine utopischen Voraussetzungen aufgestellt, im Gegentheil trägt es einer ganzen Reihe von belastenden Conventionalitäten Rechnung, deren manche noch eine strenge Prüfung zu bestehen haben wird." Dieses erfreuliche finanzielle Resultat nennt der Correspondent hauptsächlich eine Frucht des Constitutionalismus; doch gebühre auch jenen ein Wort der Anerkennung, welche durch redliches Mühen und gewissenhafte Verwaltung es so weit gebracht haben. Somit habe sich der Finanzminister Baron de Pretis das Anrecht auf Vertrauen und auf die Anerkennung seiner Berufstüchtigkeit erworben.

Reichsrath.

20. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 20. Dezember.

Se. Durchlaucht Präsident Fürst Carlos Auersperg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 50 Minuten.

Auf der Ministerbank Ihre Excellenzen die Herren Dr. Unger und Dr. Vanhans.

Auf der Bank der Regierungsvertreter Ministerialrath Bilhal.

Petitionen sind eingelangt: um Einführung der Schwurgerichte im Kronlande Galizien; um Abänderung einiger Bestimmungen des Geseztes über die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, die Solidarhaft betreffend; um Berücksichtigung beim Bau einer steiermärkischen Ostbahn, endlich eine Petition mehrerer Gemeinden des Gerichtsbezirkes Nikolsburg, dahin gehend, daß für sie ein abgesondertes Bezirksgericht mit dem Sitze in dem Markte Dürnbühl errichtet werde.

Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen, zur zweiten Lesung des Postvertrages zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Deutschland; den Bericht erstattet im Namen der Staatsvertragskommission Hofrath Neumann: Infolge der Neugestaltung des deutschen Reiches hat sich bei dem innigen Verkehre zwischen diesem und der österreichisch-ungarischen Monarchie die Nothwendigkeit ergeben, einen neuen Postvertrag abzuschließen, welcher bereits am 1. Jänner 1873 in Wirksamkeit treten soll. Der diesfalls abgeschlossene Vertrag ist in finanzieller wie national-ökonomischer Beziehung als Fortschritt zu betrachten, indem er sich auf die ganze österreichisch-ungarische Monarchie und das ganze deutsche Reich, d. i. auf einen Flächenraum von 21.000 Quadratmeilen und eine Bevölkerung von 77 Millionen Seelen erstreckt.

Der Vertrag gewährt bedeutende Vortheile bezüglich des Verkehrs mit Briefen und Frachtsendungen und wesentliche Erleichterungen, insbesondere in Bezug auf das Porto von Correspondenzkarten und in Bezug auf die Erweiterung von Gewichtspressionen für Drucksachen und Warenproben.

Der Finanzausschuß beantragt daher, das hohe Haus wolle diesem Vertrage seine Zustimmung geben. Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der nächste Sitzungstag wird schriftlich bekannt gegeben.

Jur. Regelung der Bezüge für Staatsbeamte.

Der von der Regierung im Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesezentswurf betreffend die Regelung der Bezüge der aktiven Staatsbeamten lautet:

§ 1. Sämmtliche Staatsbeamten werden in eilf Rangklassen eingetheilt.

§ 2. Der Rang der Staatsbeamten bestimmt das Ausmaß seiner Bezüge.

§ 3. Die systemmäßigen Bezüge bestehen:

- a. in Gehalten, dann
- b. in Functions- oder Aktivitätszulagen.

§ 4. Nur die Gehalte sind zur Pension anrechenbar.

§ 5. Für jede der vier obersten Rangklassen werden die Gehalte nur mit einer fixen Ziffer, für jede der übrigen Rangklassen mit drei Abstufungen festgesetzt.

Die Beilage A enthält das Ausmaß der Gehalte.

§ 6. Die Vorrückung in den höheren Gehalt derselben Rangklasse hat nach Verlauf von je fünf in dieser Rangklasse vollstreckten Dienstjahren zu erfolgen und ist in der fünften bis einschließig der achten Rangklasse an eine Minimal-Gesamtdienstzeit von 20 Jahren, in der neunten und zehnten Rangklasse an eine Minimal-Gesamtdienstzeit von zehn Jahren geknüpft.

§ 7. Das Ausmaß der Bezüge wird nach dem Range bestimmt (§ 2), welcher der Stelle zukommt, die der Beamte definitiv einnimmt.

Beamten, welche lediglich Titel und Charakter einer höheren Dienstperiode haben oder auf einen systemisirten höheren Dienstposten nur provisorisch ernannt sind, gebühren die dem Range dieser höheren Dienststelle entsprechenden Bezüge erst dann, wenn ihnen dieser höhere Dienstposten definitiv verliehen wird.

Jenen Beamten, welche bisher mit Titel und Charakter einer höheren Dienstperiode ausgezeichnet waren oder einen höheren Dienstposten nur provisorisch innehatten, wird die in dieser Weise vollstreckte Dienstzeit zur Erlangung der Vorrückung in den höheren Gehalt innerhalb dieser Rangklasse in Anrechnung gebracht.

§ 8. Sollten Beamte aus Anlaß der Regulierung der Bezüge in eine Rangklasse gereiht werden, welche niedriger ist als die Diätenklasse, in welcher sie sich bisher befanden, so behalten dieselben für ihre Person den bisherigen höheren Rang, aber ohne Anspruch auf die diesem Range entsprechenden höheren Bezüge.

Bei Beförderung in eine höhere Rangklasse jedoch wird ihnen behufs Erlangung der Vorrückung jene Dienstzeit, welche sie bereits früher in der höheren Klasse zurückgelegt haben, ebenso wie die in der geringeren vollstreckte Dienstzeit in Anrechnung gebracht.

§ 9. Sollte ein Beamter infolge der Einreihung in die einzelnen Rangklassen einen geringeren als den bisherigen höheren Gehalt erlangen, so behält er den bisherigen höheren Gehalt und zwar ohne Schmälerung der ihm nach dem neuen System gebührenden Aktivitäts- oder Functionszulage.

§ 10. Die Versetzung aus einer geringeren Rangklasse in eine höhere erfolgt im Wege der Ernennung.

§ 11. Die Diensttage und Einkommensteuer wird nur von dem Gehalte in der vorgeschriebenen Weise entrichtet.

§ 12. Die Diensttagen haben in einen zu bildenden Pensionsfonds zu fließen.

In diesen Pensionsfonds haben die Staatsbeamten, insofern sie nicht in Taxabzügen stehen, außerdem und zwar die bereits Angestellten von dem ihnen zugewachsenen Gehaltsgewinne, die künftig neu Anzustellenden aber von ihrem ganzen Gehalte mittelst Abzuges an denselben alljährlich einen Beitrag einzuzahlen.

Dieser Beitrag wird von Gehalten, welche 2000 fl. nicht erreichen, mit 1 pZt., von allen höheren Gehalten mit 2 pZt. eingehoben.

Die Einnahmen des Pensionsfonds sind in Noten verzinslicher Staatsrente oder in verzinslichen verlosbaren Staatsschuldverschreibungen zu fructificieren und wird die Verwaltung dieses Fonds, dessen Erträge dem Pensionsetat zufließen, unter die Controle der Staatsschuldenkommission gestellt.

§ 13. Für die vier obersten Rangklassen werden die aus der Beilage B ersichtlichen Functionszulagen systemisirt.

§ 14. Für die übrigen Rangklassen von der fünften abwärts werden die aus der Beilage C ersichtlichen, mit Rücksicht auf die Dienstorte in fünf Abstufungen bemessenen Aktivitätszulagen festgesetzt.

Staatsbeamte, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben, haben keinen Anspruch auf den Bezug der Aktivitätszulage; eine Ausnahme tritt nur dann und nur insoweit ein, als der Jahresgehalt eines Beamten hinter jenen stabilen Dienstesbezug zurückbleibt, welche ihm beim Beginne der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesezes zukommen.

§ 15. Die bisher für Wien und Triest im allgemeinen oder sonst für einzelne Kategorien systemisirten Quartiergelder, beziehungsweise Lokalzulagen haben künftig zu entfallen.

§ 16. Jenen Beamten, welchen bisher der Anspruch auf eine Naturalwohnung oder in Ermanglung derselben auf ein Quartieräquivalent zukommt, ist unter Belassung dieses Emolumentes die Aktivitätszulage nur mit der Hälfte des sonst für sie entfallenden Betrages zu erfolgen.

Die vorstehende Bestimmung findet auf solche Beamte nicht Anwendung, welche ihres Dienstes wegen eine Amtswohnung beziehen müssen.

§ 17. Den Eleven, Aspiranten, Practicanten und Auscultanten wird ohne Einreihung in eine Rangklasse in Absicht auf die Ausübung ihres dienstlichen Berufes der Charakter von Staatsbeamten eingeräumt; dieselben dürfen jedoch erst nach einer einjährigen, vollständig befriedigenden Probepraxis beedigt werden, welche ihnen in die Dienstzeit eingerechnet wird.

§ 18. Jenen Eleven, Aspiranten, Practicanten und Auscultanten, welche eine höhere wissenschaftliche Vorbildung nachzuweisen haben, darf ein Adjutum jährlicher fünf- oder sechshundert Gulden, den übrigen ein Adjutum von jährlichen zweihundert bis vierhundert Gulden bewilligt werden.

§ 19. Auf das gesammte Lehrpersonale, die Bibliotheks- und Universitätsbeamten, so wie auf jene Beamte, deren Bezüge auf einem vertragmäßigen Uebereinkommen beruhen, finden die Bestimmungen dieses Gesezes keine Anwendung.

§ 20. Nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesezes ist die gleichförmige Regelung des in den einzelnen Verwaltungszweigen bestehenden Personal- und Gehaltsstandes vorzunehmen und binnen drei Monaten vom Tage der Kundmachung dieses Gesezes durchzuführen.

Mit diesem Zeitpunkte treten alle mit diesem Geseze im Widerspruche stehenden früheren Geseze und Verordnungen außer Kraft.

(Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Salzbach, 23. Dezember.

Der wiener Correspondent des „B. U.“ meldet: „Mit dem nunmehr erfolgten Eintritte der Weihnachtsferien des Reichsrathes dürfte auch eine größere politische

Seuilleton.

Kurfürstin und Hofdame.

Historische Novelle von Albert Höfer.

(Fortsetzung.)

Am darauf folgenden Morgen war die Kurfürstin Charlotte nicht wenig erstaunt, ihren Gemahl bei sich zum Frühstück eintreten zu sehen, da es in letzter Zeit ganz unterblieben war. Es berührte sie peinlich und anfangs wagte sie ihn kaum anzusehen, aber keine Sylbe verrieth ihr, daß ein anderer Grund als der, sie zu sehen, ihn hergeführt habe, und so fand sie bald ihre Ruhe und Besonnenheit wieder.

Sie war sehr liebenswürdig und zuvorkommend gegen ihren Gemahl, erkundigte sich theilnehmend nach seinem Befinden und begann bald eine lebhaftere Conversation, in welche der Kurfürst sich anscheinend vertiefte. Erst nach Beendigung des Frühstücks warf er leicht die Frage nach dem dienstthuenden Fräulein hin.

Die Kurfürstin verfärbte sich leicht, doch entgegnete sie, ohne sich zu besinnen:

„Das Fräulein von Degenfeld leidet an einem leichten Kopfschmerz, und da habe ich ihr erlaubt, in ihrem Gemache bleiben zu dürfen. Das arme Fräulein ist augenblicklich oft leidend, und mich beunruhigt der Gedanke, ob sie das vermeintliche Glück an der Seite ihres Verlobten wohl findet, da sie mit übertriebener Angst verweidet, daß eine Kunde von ihrer Liebe in die Oeffentlichkeit dringt.“

Der Kurfürst preßte fest die Zähne zusammen und ein Blick zorniger Verachtung streifte seine Gemahlin, aber sie bemerkte es nicht und fuhr fort:

„Ich habe mir schon vorgenommen, ihr den Vorschlag zu machen, auf kurze Zeit nach Schloß Degenfeld zurückzukehren, um sich durch diese Trennung zu prüfen. Es wäre mir sehr lieb, wenn ich sie von dieser Verbindung abbringen könnte, obgleich es mir nicht angenehm ist, daß sich das Fräulein mit kindischem Leichtsinne in ein Liebesverhältnis stürzt, das nicht mit einer Verbindung endigt, und es freut mich nur, daß die übrigen Herren und Damen des Hofes noch nichts bestimmtes wissen.“

Kaum vermochte der Kurfürst sich noch zu bezwingen, aber er wollte klar, recht klar in dieses Gewebe von Lügen sehen und darum entgegnete er ruhig:

„Und haben Ew. Durchlaucht nie früher davon eine Ahnung gehabt?“

„Nie —“

„Frau Kurfürstin!“

Der Kurfürst unterbrach sie so drohend, daß sie erschrockt inne hielt und eine tiefe Blässe ihr Gesicht bedeckte.

„Frau Kurfürstin,“ wiederholte der Kurfürst und unaussprechliche Verachtung lag in seinen Mienen, „ich habe mit tiefem Schmerz Ihre unliebenswürdigen Eigenschaften bedauert, aber nie habe ich geglaubt, daß sich die Kurfürstin Charlotte zur schändlichen Intrigue erniedrigen, daß sie zur Lüge ihre Zuflucht nehmen würde, um ihr Ziel zu erreichen. Wir werden fortan getrennt wohnen. Der Ritter de Bailly verläßt heute

den päpstlichen Hof auf Nimmerwiederkehr, Fräulein Maria von Degenfeld wird auf ihr Schloß zurückkehren, um sie vor Ihren Anschlügen zu sichern.“

Bernichtet war die Kurfürstin Charlotte in ihren Sessel gesunken, ihr Gesicht mit beiden Händen bedeckend. Sie machte keinen Versuch zur Vertheidigung, aber der Gedanke, unterliegen zu müssen, erfüllte sie mit grenzenloser Wuth, und ihrer selbst nicht mehr mächtig, sprang sie wieder auf und stellte sich dicht vor den Kurfürsten hin, indem sie mit bebender Stimme ausrief:

„Lassen Sie die schillernde Schlange nur zurückkehren, Durchlaucht, ich will sie nicht mehr vor meinen Augen sehen. Glauben Sie aber nicht, daß ich gewillt bin, mich irgend eines meiner weiblichen Rechte zu entäußern. Ich habe Sie längst durchschaut! Ich weiß, daß Sie, während Sie mich verdammten, daß ich mit mein Eigenthum bewahren wollte, ein Liebesverhältnis mit Ihrem Schützling unterhalten, mit jenem Mädchen das durch gewöhnliche Coquetterie alle Männerherzen an ihren Siegeswagen zu fesseln verjucht.“

„Schweigen Sie und lästern Sie die Unschuld nicht“, unterbrach der Kurfürst sie hoheitsvoll. „Sie haben recht, Madame, Sie haben mich durchschaut — ich liebe das Fräulein von Degenfeld, aber Sie kannten mich schlecht, wenn Sie glaubten, es bedürfe einer solchen Intrigue, um den Kurfürsten Karl Ludwig auf den rechten Weg zurückzuführen. Ich weiß, was ich meiner angetrauten Gattin schuldig bin, und Sie konnten meiner Ehrenhaftigkeit vertrauen. Alle Ihre Fehler und Schwächen habe ich Ihnen nachgesehen, diese Lüge verzeihe ich Ihnen nie. Von hier gehe ich zu dem Fräulein

Stille sich über die Situation lagern, als dies in den letzten Tagen der Fall war. Die an der Tagesordnung stehende große Frage der Wahlreform kann dabei nur gewinnen, da alle Kreise nimmermehr die Zeit und die Ruhe gewinnen, sich mit ihr vertraut zu machen und alle Verhältnisse, die für und gegen sie sprechen, genau abzuwägen. Schon jetzt überwiegen die ersteren weitaus die letzteren, und sieht man selbst Organe, die im ersten Ansturm Front gegen das Elaborat machten, zu einer kleinen Schwankung zugunsten desselben bereit. Auch nach einer anderen Seite hin kann die jetzige politische Pause nur fördernd wirken, und zwar insofern, als die Polen jetzt hinlängliche Ruhe gewinnen, um über die Propositionen der Regierung schlüssig zu werden.

In Ungarn nehmen die Dinge wieder ihren regelmäßigen Verlauf. Das Ministerium Szlavy ist jetzt durch die Ernennung eines Landesverteidigungs-Ministers completiert und hat in den letzten wichtigen Abstimmungen des Reichstages den Beweis erhalten, daß es bei seiner Partei auf die kräftigste Unterstützung rechnen könne. — „Pesti Naplo“ bespricht die Oberhausdebatte über das Anlehen und sagt, die Declamationen kommen zu spät; dieselben wären am Plage gewesen, als die Prästitutionen gemacht wurden. — Der „Ung. Lloyd“ meint, das Bankcomité könne nicht zum Zwecke führen, sondern nur schädlich wirken. — „Magyar politika“ tadelt die Taktik derjenigen Blätter, die die Energie des Ministeriums in der serbischen Angelegenheit in Zweifel zu ziehen begannen. Die „Reform“ meint, die inneren Widersprüche, die daraus entspringen, daß keine Partei weiß, was sie will, werden zum Verfall des politischen Lebens führen; auch „Hon“ nimmt bedenkliche Zeichen des Marasmus am ungarischen Parlamentarismus wahr. — Das Oberhaus hat die Gesetzeswürfe über Bewilligung des Rekrutencontingentes pro 1873 und über Bedeckung des Friedensstandes der ungarischen Cavalerieregimenter angenommen.

Die Thronrede, womit der Großherzog von Hessen-Darmstadt den Landtag eröffnet hat, erklärt, daß wenn auch, wie dieses zur nationalen Stellung und Wohlfahrt Deutschlands notwendig, ein ansehnlicher Theil der Staatsaufgaben an das Reich übergegangen ist, den Einzelstaaten doch noch ein weites Gebiet zu segensreicher Entwicklung und selbständiger Wirksamkeit geblieben ist. Die Thronrede kündigt Gesetze über die Städte- und Landgemeinden-Ordnung, dann Gesetze über die Volksschulen und die rechtliche Stellung der Kirche zum Staate an.

In der Sitzung der Nationalversammlung zu Versailles vom 20. d. wurde das gesammte Budget einstimmig angenommen. — Das linke Centrum hat die Erneuerung seines Bureau auf den 8. Jänner verlagert. Man hofft, daß eine Spaltung vermieden werden wird. — Ein Rundschreiben des Ministers des Auswärtigen schlägt die Einsetzung einer aus Abgeordneten der verschiedenen Gesandtschaften gebildeten gemischten Kommission vor, welche Maßregeln zu berathen hätte, wie der Verschleppung von in Persien neuerdings ausgebrochenen Epidemien vorzubeugen wäre.

Der Nationalrath in Bern hat die Motion wegen Wiederaufnahme der Bundesrevision mit 103 gegen 1 Stimme angenommen, desgleichen das neue Eisenbahngesetz, welches die Concessionsertheilung für Eisenbahnen fortan zur Bundessache macht, mit 79 Stimmen.

Die neuernannten Minister in Spanien haben am 20. d. den Eid geleistet — Der Ministerpräsident gibt in der Senatsitzung vom 20. d. nach Verlesung der Decrete betreffs Ernennung der neuen Minister Aufklärungen über die Ministerkrisis und über die gegenwärtige Lage Spaniens.

Der Carlislen-Aufstand, sagt Jorilla, wird bald unterdrückt sein. Die Regierung wird baldmöglichst Reformentwürfe und eine Vorlage wegen Aufhebung der Sklaverei auf Portorico einbringen. Für Cuba werde die Regierung keine Reform beantragen, insoweit der Aufstand nicht vollständig unterdrückt ist.

Gerüchtweise verlautet, daß demnächst ein außerordentlicher Ministerrath, an dem auch die gewesenen Minister und andere hohe Staatsbeamte teilnehmen sollen, in Constantinopel zusammentreten werde, um über die von Serbien in der klein-zworniker Angelegenheit gestellten Forderungen zu entscheiden.

Tagesneuigkeiten.

(Personalnachrichten.) Sr. Exc. der Minister Graf Andrassy ist gestern abends auf einige Tage nach Ofen abgereist. — „Morning-Post“ meldet, daß Graf Beust nach Wien abgereist sei.

(Staatsprüfungen.) Von der k. k. wissenschaftlichen Realschullehranten-Prüfungskommission in Graz werden die nächsten Clausurprüfungen am 15ten März und 14. Juni 1873 abgehalten. Candidaten für das Lehramt der Realschulwissenschaften so wie jene für das Lehramt der Handelswissenschaften haben, wenn sie zu den Prüfungen im Juni-termin gelangen wollen, ihre Gesuche längstens bis Mitte Jänner 1873 an den Director der Prüfungskommission, Professor Dr. Johann Rogner in Graz einzusenden.

(Für die Ueberschwemmten in Kärnten.) Zugunsten der durch das letzte Hochwasser in Kärnten Beschädigten hat sich in Klagenfurt ein Comité gebildet, um durch Sammlung von Beiträgen die Noth der Verunglückten zu lindern.

(Bei dem Postraub) zwischen Esalma und Mitrovitz ging eine Geldsendung des rumäner Steueramtes im Betrag von 20.000 fl. verloren. Darunter befanden sich zwei Tausender-Banknoten mit folgender Numerierung: a x 21.101 und W G (Nummer unbekannt), dann 15 Hunderter-Banknoten, u. z.: B W 86.303, c v 90.465, x k 76.952, i g 89.129, o d 77.307, v j 10.840, E K 24.042, W d 30.993, x r 94.935, a e 79.793, x j 67.795, a k 62.445, a h 38.290, u s 19.968, W e 21.150.

Locales.

Laibach-Triest.

(Fortsetzung und Schluß.)

Alle diese Projekte werden durch die Laib- und Pontebalinie nicht nur nicht gehindert, vielmehr gefördert, nach den Erfahrungen jedoch, welche man bis zur Stunde mit der Rudolfsbahn und zuvor mit der Pusterthalbahn machte, gehören sie noch lange ins Gebiet der Wünsche. Sie haben heute und noch lange nicht eine solche concrete Form angenommen, um für die Prebilbahn geltend gemacht zu werden. Welcher österreichische Finanzmann aber könnte gegenwärtig im Hinblick auf die gesteigerten Anforderungen an den Staatschatz für Eisenbahnen den Bau einer solchen Tauernbahn vertreten, welcher nur durch ganz außerordentliche Unterstützung des Staates möglich wäre, ohne zugleich unabweisbar notwendig zu sein.

Wenn dennoch von einer Seite Oberkärntens gerade das Prebilbahnprojekt im Gegensatz von der Handelskammer vertreten wird, so geschieht dies nicht vom Standpunkt eines gerechten, noch weniger eines billigen Anspruches, sondern vom Standpunkt der Klugheit, von der Hoffnung verführt, man werde die Pontebahn erreichen, weil sie die

italienische Regierung anstrebt und sicherstellt, und zugleich die Prebilbahn gewinnen, weil sie die österreichische Regierung anstrebt.

Der Kernpunkt der Frage ist vielmehr heute darin zu suchen: Wie soll die Rudolfsbahn, wenn ihre Fortsetzung nach Italien über Ponteba sichergestellt wird, innerhalb der vertragsmäßig mit der Südbahn vereinbarten Bedingungen ohne besondere Belastung des Staatschatzes auf eine dem Handel, der Industrie und der weitem Entwicklung des Eisenbahnnetzes in Oesterreich förderliche Weise als eine zweite unabhängige Bahn bis ans Meer geführt werden?

Und darauf gibt es heute nur die Antwort: durch Concessionierung der Linie Laib-Triest.

Die Kammer hat in ihrer Denkschrift an den hohen Reichsrath die Gründe entwickelt, welche sie für diese Linie bestimmten, und denselben noch folgende Ausführungen beizufügen:

Diese Linie durchzieht auf 4 Meilen eines der belebtesten, fruchtbarsten und betriebsamsten Thäler von Krain, das Sapraththal mit seinen zahlreichen Sagen, sie nähert sich auf eine Meile Entfernung dem bekannten Bergort Jabria, durchzieht den holzreichen Birnbaumwald, kommt bei Präwald mit dem oberen Ausgang des so fruchtbaren Wippachthales zusammen und endet in Triest an jener Seite der Stadt, wo diese ihre künftige Ausdehnung suchen muß und allein offen hat, und wo sich heute alle seine größten Industrialwerke befinden. Dort sind die Schiffsverwerften und Arsenale, mit denen der Verkehr von Kärnten mit Holz, Eisen und andern Materialien im steten Zunehmen ist. Durch eine längs dem Hafengebiet angelegte Verbindungsbahn wird für den Bahnhof Sercola ein eigener Hafen auf längere Zeit, vielleicht auf immer entbehrlich, da der ganze Hafen von Triest für Aus- und Einladungen von Schiffen zur Verfügung steht. Die Bahn bietet ferner den besten Anschluß für die nach Pola beantragte Istrienbahn.

Ganz besonders fällt ins Gewicht, daß sie mit einem geringen Opfer des Staates und in der kürzesten Zeit gebaut werden kann, daß sie eine gewisse Tariffhöhe für die Benützung der Pontebahn nach Triest sichert und unter abnormalen Verhältnissen, bei allen größeren Störungen und Hemmungen des Verkehrs auf der Pontebahn mit Triest ausgeht wird. Sie wird nicht bios die Laibach-Tarvislinie, sondern die Rudolfsbahn in ihrer ganzen Erstreckung nach Norden zur Rentabilität bringen, weil dann die Abhängigkeit derselben von der Südbahn für den Verkehr von und nach Triest aufgehoben ist, die Vermehrung der zu befördernden Frachtgüter ihren Betrieb verwirklichen wird. Für die Zukunft von Kärnten tritt sie in nähere Beziehung durch eine in der Folge mögliche Fortsetzung über die Karawanken.

Diese mag dann seinerzeit über den Loibel oder Seeburg bewirkt werden, so gelangt hier das industriereiche Rosenthal, dort Bölkermarkt sammt seiner Umgegend und das Koppferthal an eine Eisenbahn, was sonst auch in Jahrzehnten nicht geschehen wird, wenn von Laibach aus die Südbahn die einzige Schienenstraße nach Triest verbleibt.

Der hohe Landtag hat von Anbeginn mit aller Thätigkeit das Projekt der Rudolfsbahn als zweite selbständige Schienenstraße nach Triest und Italien vertreten. Um dieses Programm zu erfüllen, hat die Regierung am 13. April 1867 den Vertrag mit der Südbahn vereinbart, welcher mit nächstem Jahre abläuft. Die Fortsetzung der Rudolfsbahn nach Italien ist von italienischer Seite gesichert, die Fortsetzung nach Triest ist es dann, wenn die Regierung will, wenn sie bei der Ausföhrlichkeit einer selbständigen Fortsetzung der Prebilbahn nach Triest das Projekt der Laibachbahn nimmer als dem Staatsinteresse fernstehend betrachtet und demselben ihre Unterstützung gewährt.

Dafür, bittet die Kammer, wolle sich der hohe Landtag verwenden, um die Baugeschichte der Rudolfsbahn, diese Kette halber, unaufgeklärter, unverständlicher und unerantwortlicher Maßnahmen zum Abschluß zu bringen und diese Bahn aus ihrem bisherigen unfertigen und krüppelhaften Zustande in eine lebensfähige und lebenskräftige Institution zu verwandeln. Nachdem die Gefahr groß ist, daß mit dem Fall des Prebilprojektes am Ende nichts geschehe und man sich mit der Pontebahn zufrieden gebe, so bittet die Kammer, der hohe Landtag wolle im Hinblick auf den mit nächstem Jahr endenden, mehrerwähnten, mit der Südbahngesellschaft vereinbarten Vertrag gegen eine solche verdammenwerthe Halbheit mit aller Entschiedenheit ankämpfen.

(Verleihung.) Sr. Excellenz der Herr Justizminister hat die in Seisenberg erledigte Notarstelle dem pens. Bezirksrichter Herrn Franz Dmacheu verliehen.

(Ernennung.) Das k. k. Oberlandesgericht in Graz hat den Herrn Carl v. Strahl, Rechtsprakticanten beim k. k. Landesgerichte Laibach, zum Auscultanten für das Herzogthum Krain ernannt.

(Epende.) Herr Ritter v. Gutmannsthal Bendenutti hat dem kroatischen Ausfühlsbeamten-Krankenunterstützungsvereine eine Obligation pr. 100 Gulden gespendet.

(Dem Kindergartenfeste), welches gestern abends im landschaftlichen Redoutensale in Szene ging, wohnten der Herr k. k. Landespräsident Alexander Graf Auersperg, mehrere Herren Landesauschüsse und Schulvorstände, der Herr Bürgermeister Deschmann, die Eltern der das Kindergartenfest besuchenden Kinder und viele Gäste bei. Die Kinder beschäftigten sich mit Ketten-

lein von Degenfeld, um ihr anzukündigen, daß sie jeder Zeit abreisen und den Hof verlassen kann, an welchem sie so wenig gutes genöß."

Mit dröhnenden Schritten verließ der Kurfürst das Gemach. Einen Augenblick stand seine Gemahlin wie gelähmt, eines jeden bestimmteren Gedankens unfähig. Nur eine ohnmächtige Wuth erfüllte sie und diese steigerte sich schließlich so weit, daß sie aus einem Kästchen ein geladenes Pistol riß und damit aus dem Zimmer eilte.

„Morgen mit dem Frühesten wird Ihr Reisewagen bereit stehen, Fräulein von Degenfeld," sagte der Kurfürst zu Maria, „jede Stunde, die Sie hier verweilen, ist für Sie voll endloser Gefahren. Es thut mir so unendlich leid, daß Ihnen so wenig Freuden erblüht sind, und ich wünsche nur, daß Sie in der Einsamkeit auf Schloß Degenfeld die letzten beiden Jahre vergessen mögen mit allen Persönlichkeiten, die während der Zeit ihren Weg gekreuzt."

„Durchlaucht werden mir erlauben, mein Andenken an Sie zu bewahren," entgegnete Maria tief erröthend. „Sie haben sich der hilflosen Waise erbarmt und sind ihr Vater geworden. O, Durchlaucht, ich werde auf Schloß Degenfeld stets mit Liebe und Verehrung Ihrer gedenken."

Der Kurfürst rang nach Fassung, als sich jetzt die blauen Augensterne des Mädchens so voll Dankbarkeit auf ihn richteten und ihr kleine Hand die seinige faßte, um sie an die rosigten Lippen zu führen. Halb unbewußt legte er seinen Arm um die schlafte Gestalt und drückte einen leisen Kuß auf das weiche, duftige Haar.

„Schlange! Verräther!"

Zu gleicher Zeit ein dröhnendes Krachen, das kleine Gemach war mit Pulverdampf gefüllt, und Maria sank mit einem Schrei zusammen.

Sprachlos stand der Kurfürst auf demselben Flecke, unverwandt den Blick nach der Thür gerichtet, auf deren Schwelle jetzt allmähig, wie sich der Pulverdampf verzog, die Gestalt der Kurfürstin Charlotte sichtbar wurde. Leichenblaß, das Antlitz von Wuth entsetzt, stand sie da.

„Verlassen Sie das Gemach, Durchlaucht," donnerte ihr Gemahl. „Sie sehen, Sie haben gut getroffen."

Dann wandte er sich zu der bewußtlosen Maria, während die Kurfürstin wie von Furien getrieben zurück in ihre Gemächer floh. Die Untersuchung ergab, daß die Kugel nur den Arm gestreift und ein ziemlich starker Blutverlust alles war, was zu befürchten stand. Beruhigt übergab der Kurfürst sie der Pflege ihrer Dienerschaft, um dann selbst das Amt eines gerechten Richters zu übernehmen.

Etwa vier Wochen nach dem letzten Ereignisse hielten an verschiedenen Portalen des Schlosses zwei Reisewagen. In den einen stieg die Kurfürstin Charlotte, um fortan getrennt von ihrem Gemahl zu leben — eine wirkliche Scheidung hatte sie entschieden abgelehnt — in den andern ein junges, blaßes Mädchen, das erschöpft in die Kissen zurück sank und ohne noch einen Blick auf die Stätte zu werfen, wo sie so unglücklich und so namenlos glücklich gewesen war, von dannen fuhr.

(Schluß folgt.)

Schüren und Nähen, mit Bauen und Verfrachten. Unter heiteren Gefängen führten die lieben Kleinen ganz gut einstudierte Bewegungsspiele aus. Der kleine Louis Huber trug ein von Dr. Reesbacher verfasstes Weihnachtsgedicht mit seltener Auffassung und guter Betonung vor; großer Beifall wurde dem kleinen Sprecher zuteil. Mitglieder des Gesangsvereins der philharmonischen Gesellschaft gaben dem Feste durch Vortrag des Vocalquartetts „Der Tag des Herrn“ höhere Weihe. Der Vorhang theilte sich, und in voller Pracht in einem Lichtermeer stand der reichgeschmückte riesige Christbaum da. Die Kleinen empfingen mit freudestrahlendem Auge und mit neugieriger Hast die Geschenke, die Großen — die Eltern — erhielten Arbeiten ihrer Kinder. Die lieben Kleinen nahmen die Christgeschenke und die bleibende Erinnerung an den in der Christenheit so hochgeschätzten Weihnachtsabend mit nach Hause; aber auch die Eltern verließen die Stätte mit der Veruhigung, daß sie ihre Kinder im Kindergarten gut aufgehoben wissen. Den Leiterinnen des Kindergartens, den Fräulein Viktorine und Gabriele Rehn, gebührt die volle Anerkennung für die Inszenierung dieses Festes. Bei diesem Anlasse wollen wir die Wichtigkeit und den Nutzen des Institutes der Kindergärten neuerlich betonen und die hiesige Bevölkerung auf die wohlthätigen Wirkungen dieses Institutes aufmerksam machen. Der Kindergarten ist das natürliche Mittelglied zwischen Elternhaus und Schule; im Kindergarten wird Körper und Geist der Kleinen in spielerischer, natürlicher Weise für die Schule vorbereitet; im Kindergarten werden die jungen sprechenden Pflanzen für den praktischen Lebensboden in zuträglichster Form herangezogen.

(Das Consortium der Laibach-Karlsstädter Eisenbahnlinie) ist bereits um die Vorconcession zum Baue der genannten Strecke über Rudolfs werth nach der kroatischen Grenze eingeschritten.

(Das zweite Concert) der philharmonischen Gesellschaft findet am Donnerstag den 26. d. nachmittags um 4 1/2 Uhr statt. Das höchst interessante Programm signalisiert uns: 1. R. Boltmann, Fest-Ouverture; 2. Dr. C. Löwe, „Kaiser Ottos Weihnachtsfeier“, Ballade, vortragen von Fr. Rosen, Mitglied der landschaftlichen Bühne; 3. F. Mendelssohn-Bartholdy, Concert für die Violine mit Orchester, gespielt vom Herrn J. Gerstner; 4. F. J. Händel, Recitativ und Arie aus „Rinaldo“, gesungen von Fr. Rosen; 5. L. v. Beethoven, Symphonie A-dur.

(Zum Vereinswesen.) Samstag den 28. d. findet die Generalversammlung des ärztlichen Vereins statt. Nach den Statuten ist die Anwesenheit von mindestens zwölf Mitgliedern erforderlich.

(Der Arbeiterverein) hielt am 8. d. M. eine Versammlung ab: 1. Zur Prüfung der Rechnungsbücher und Untersuchung der dem früheren Obmann Herrn Kunz zur Last gelegten Unregelmäßigkeiten wurde ein fünfgliederiger Ausschuss gewählt. (Kauki, Zlaker, Roth, Petric und Rannicher). — 2. Zu Ausschüssen wurden gewählt: Karl Wonsam (Obmann), Franz Bischof (Obm. Stellvertreter), Anton Rannicher (Kassier), Johann Petric (Rechnungsführer), Franz Lulesic (Schriftführer), Alfons Roth (Stellv.), Kauki, Franz und Josef Merjacic, Svetel, Kunz, Doberlet, Pirnat, Bertnil und Woga (Ausschüsse). — Bei der am 21. d. stattgefundenen Versammlung 1. berichtet Kauki, daß Rechnungsbücher und Kasse in Ordnung und die gegen Kunz vorgebrachten Beschwerden nichtig sind. 2. Die Urheber dieser Beschwerden — Dovic und Sturm — wurden dieserwegen aus dem Vereine ausgeschlossen und Kunz als rehabilitiert erklärt. 3. Ueber Antrag Kunz' wurde eine Geschäftsordnung angenommen. 4. Der Verein beschloß über Einladung der hiesigen freiwilligen Feuerwehr, diesem Institute beizutreten und der Feuerwehr viele tüchtige arbeitende Mitglieder zuzuführen. 5. Kauki spricht über die Nothwendigkeit der Bildung der Arbeiter und Lehrlinge und beantragt die Ertheilung von Unterricht an diese. 6. Der Antrag Kunz wegen öffentlicher Abhaltung der Vereinsversammlungen wurde angenommen. 7. Der Verein beschloß die Abhaltung einer

Silvesterfeier. — Hiernach wurde die Versammlung geschlossen.

(Aus dem Amtsblatte.) Kundmachung in betreff der Prüfungen aus der Staatsrechnungs-Wissenschaft. — Concurs betreffend die Besetzung der Postmeisterstelle in Watsch. — Kundmachung betreffend die Eintheilung mehrerer Finanzwach-Controlsbezirke in Krain.

(Dividende der Nationalbank.) In der Sitzung des Bankdirectoriums wurde beschlossen, die Vertheilung einer Dividende von 10% Perzent zu beantragen. Da 28 Gulden bereits ausgezahlt wurden, so würde noch der Restantheil von 36 fl. 30 kr. zur Vertheilung gelangen.

(Herr Scaria), königl. sächsischer Hofopernsänger, sang am 21. d. im wiener Opernhaus den „Landgrafen Hermann“ in Wagners „Tannhäuser“ als Gast mit großem Erfolg.

(Theaterbericht vom 23. d.) Rengers Genrebild „Ein Wort an den Minister“ kann sich eines glänzenden Erfolges rühmen. Die bekannte historische Episode wurde vortrefflich aufgeführt. Herr Aufim gab den großen Kaunitz in Maske, Wort und Minut bis in die kleinsten Details excellent; er war Kaunitz vom Scheitel bis zur Fußsohle. Herr Aufim präsentierte sich neuerdings als eminenten Charakterdarsteller. Stürmischer Beifall und Hervorrufe waren der Lohn der künstlerischen Darstellung. Zunächst registrierten wir die vorzügliche Leistung des Herrn Directors Kozky (Oppenheimer), auch ihm wurde großer Applaus und Hervorruf zuteil. Lobenswerth in ihren Rollen waren auch Fr. Hardt (Retzl) und Herr Zwenz (Hannsl); letzgenannter trug sein Intermezzo „Ein moderner Widsier“ sammt Couplets recht gut vor; auch dieser Picee folgte großer Beifall. — Die Operette „Die schöne Salthea“ erheiterte das mittelgute besuchte Haus in hohem Grade; leider wurde der glänzende Erfolg dieser Picee durch das bereits öfter gerügte Forcieren der Stimmittel von Seite des Herrn Stoll (Pygmalion) beeinträchtigt. Frau Kropp (Salthea), Fräulein Hardt (Ganymed) und Herr Aufim (Mydas) executierten ihre Gesangsparthe vortrefflich; bester Laune, ja köstlich war Herr Aufim, recht lebendig und nett Fr. Hardt. Das Orchester erhielt für die gerundete und fein nuancierte Ouverture lauten Beifall.

Original-Correspondenz.

Gottschee, 21. Dezember.

Unser Gymnasium nimmt wie an Beliebtheit unter der Bevölkerung, so auch an Schülerzahl fortwährend zu. Diesertage hielt Herr Mittelschulinspector Solar die Inspection ab. Wie man hört, äußerte sich derselbe über die Haltung und die Fortschritte der gefällig und munter aussehenden und mit Gewandtheit antwortenden Studenten sehr günstig. Da diese Anstalt dem Wesen nach ein Realgymnasium ist, so wird auch das Zeichnen als obligater Unterrichtsgegenstand gelehrt und die 19 Schüler der ersten Klasse benützen eifrig die Gelegenheit zur Uebung im Freihandzeichnen. Aber auch unter der Bevölkerung, zumal unter den jüngeren Handwerkern gibt es manche, welche einen Unterricht im Zeichnen, etwa an Sonntagen, zu erhalten wünschten. Es steht zu hoffen, daß ihnen durch Vermittlung des Gymnasialdirectors, dem sie ihr Anliegen vortragen, eine solche Gelegenheit eröffnet wird. Endlich ist auch ein guter Anfang zur Bildung eines Unterstützungsfondes für arme Studenten gemacht. Nachdem von Herrn Mediz in Wien, einen durch seinen werththätigen Patriotismus ausgezeichneten Gottscheer, mittelst Cession eine hoffentlich bald eindringliche Schuldforderung zum besten armer Studenten gewidmet worden, spendete neulich Herr Inspector Solar zu sofortiger Activierung des Unterstützungsfondes 10 Gulden, und alsbald folgten Beiträge von dem jüngst angekommenen Amtsleiter Herrn Mühlisen, von Frau S. K., und von mehreren Seiten wurden Beiträge und Unterstützungen in Aussicht gestellt. Möge das gute Beispiel vielfältige Nachahmung finden, sowohl im Ländchen Gottschee, als auch in Laibach und

anderwärts, wo sich Gönner des gottscheer Gymnasiums and der strebsamen studierenden Jugend finden.

Reichste Auswahl von schönsten u. geeignetsten Festgeschenken:

Unser reichhaltiges Lager von Jugendschriften, Bilderbüchern, Dichtern und Klassikern in seinen eleganten Einbänden, Pracht- und Kunstwerken, Photographien, Oelgemälden und Oelfarben-Druckbildern mit und ohne Goldrahme, Musikalien etc.

Ign. v. Kleinmayr & Fed. Bambergers Buchhandlung in Laibach.

Das Haus S. Sachs & Co. in Hamburg wird uns wegen prompter und aufmerksamer Bedienung seiner Interessenten so angelegentlich empfohlen, daß wir nicht umhin können, auf die im heutigen Blatte befindliche Annonce desselben ganz besonders hinzuweisen.

Wichtig für viele!

In allen Branchen, insbesondere aber bei Bezug der allgemein beliebten Original-Lose rechtfertigt sich das Vertrauen einerseits durch anerkannte Solidität der Firma, andererseits durch den sich hieraus ergebenden enormen Absatz. Die wegen ihrer Pünktlichkeit bekannte Staats-Effecten-Handlung Adolph Haas in Hamburg ist jedermann aufs wärmste zu empfehlen, und machen wir auf die heute in unserem Blatte erschienene Annonce obigen Hauses besonders aufmerksam.

Uebersicht Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Rom, 23. Dezember. Der Papst hielt heute ein Consistorium, besprach in seiner Allocution die Fortdauer der Verfolgungen der Kirche in Italien, wobei er das Gesetz betreffend die Aufhebung der Klöster in Rom scharf verurtheilte, der Verfolgungen der katholischen Kirche in Deutschland gedachte, dessen nicht-katholische Staatsmänner der Anmaßung beschuldigte, Kirchendoctoren zu definieren. Der Papst erwähnte die Ereignisse in der Schweiz, in Spanien, des armenischen Schismas, forderte die Metropolitane zur Berathung mit ihren Suffraganen wegen gemeinsamer Bekämpfung der Ungerechtigkeiten auf und ernannte 11 Bischöfe.

Berlin, 23. Dezember. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ein kaiserliches Mandat schreiben, womit Bismarck unter Belassung auf dem Posten eines Reichskanzlers und Ministers des Aeußern vom Vortage des Staatsministeriums, welcher an den ältesten Staatsminister übergeht, enthoben wird.

Telegraphischer Wechselkurs

dom 23. Dezember. Papier-Rente 66.40. — Silber-Rente 70.30. — 1860er Staats-Anlehen 101.75. — Bank-Aktien 963. — Kredit Aktien 331.50. — London 109.55. — Silber 108.80. — R. l. Münz-Ducaten —. — Napoleonsd'or 8.76

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Datum, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt, Temperatur nach Celsius, Wind, Richtung des Himmels, Niederschlag in Millimetern. Data for Dec 23 shows temperature fluctuations and weather conditions like 'W. schwach' and 'Höhennebel'.

Börsebericht.

Wien, 21. Dezember. Die Börse hat ihre frühere Elasticität noch nicht wieder gewonnen, war auch durch die Effectenversorgung in Anspruch genommen, verkehrte aber gleichwohl in relativ fester Stimmung und drückte dieselbe ganz vorzugsweise in reichlichem Geldgebote für Anlagepapiere aus.

Large financial table with multiple columns: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Wiener Communalanlehen, C. Actien von Bankinstituten, D. Actien von Transportunternehmungen, E. Prioritätsobligationen, F. Pfandbriefe, G. Privatlose, H. Wechsel, I. Wert der Geldsorten. Includes various interest rates and exchange values.